

Schweden

Rutger Lindahl

Im Frühsommer 2003, mit dem Ende des Kriegs im Irak, kehrten langsam wieder europäische Themen in die öffentliche Debatte in Schweden zurück. Ein paar Mal gelangten Eingaben im Europäischen Konvent in die Schlagzeilen, konnten aber keine breitere Debatte über mehrere Tage hinweg anregen. Europapolitische Themen gewannen nur dann ein breites öffentliches und mediales Interesse, wenn sie – wie der neuen Verfassungsvertrag – von den Parteien für ihren Wahlkampf zum Referendum am 14. September über die Einführung des Euro als offizielle schwedische Währung aufgegriffen wurden.

Schon relativ früh wurde deutlich, dass die Kampagne zum Referendum über den Euro sich nicht nur auf die Euro-Einführung beschränken würde. In der Hoffnung, dass ein „Nein“ zum schwedischen Austritt aus der EU führen könnte, wurde das Referendum von manchen als zweite Chance angesehen, gegen die schwedische EU-Mitgliedschaft zu votieren. Für andere war es eine Gelegenheit, Schwedens Entwicklung zu einem reifen EU-Mitglied zu demonstrieren. Es wäre jedoch irreführend, hier eine klare Lagerbildung zu vermuten. Es stellte sich nämlich heraus, dass beide Gruppen sich in mehrere Untergruppen aufspalteten, was von entscheidender Bedeutung für das Ergebnis des Referendums war.

Die Kampagne zum Euro-Referendum

Wie in der Kampagne zum Referendum von 1994 über die Abstimmung über die schwedische EU-Mitgliedschaft begann die Opposition als erste mit ihren Aktivitäten. Die Meinungsumfragen unterstützten die Opposition in ihrer Haltung seit mehr als einem Jahr. Doch erhob sich, besonders in den Medien, immer mal wieder die Hoffnung bzw. die Warnung, dass durch die gut koordinierte und gut finanzierte Kampagne der Euro-Befürworter, die im Frühsommer gestartet werden sollte, ein Stimmungswechsel herbeigeführt werden könnte. Als die Meinungsumfragen dauerhaft die Führung der „Nein“-Seite anzeigten, war die „Ja“-Seite dazu gezwungen, früher mit ihrer Kampagne zu beginnen als geplant. Sie setzten Persönlichkeiten der Politik, bekannte Geschäftsleute, Vorstandsvorsitzende aus der Industrie und dem Banksektor und „einfache Bürger“ ein und gaben Unsummen für Werbung in Zeitungen wie in den Radio- und Fernsehprogrammen aus. Verglichen mit 1994 war die Situation hinsichtlich der wirtschaftlichen Übermacht der Befürworter gegenüber den Gegnern die gleiche, doch dieses Mal konnten die Gegner eine gleich große Gruppe von Sprechern anwerben. Dies veränderte die Voraussetzungen der Kampagne dramatisch.

Mit dem Näherrücken des Referendums fachte der offene Bruch in allen Parteien hitzige Debatten an. Die am meisten debattierte Spaltung war die innerhalb der regierenden sozialdemokratischen Partei. Mehrere der Minister und führende Politiker der Partei, nicht zuletzt auf lokaler Ebene, erklärten öffentlich, dass sie nicht die offizielle Linie der Partei unterstützen würden. Einige traten sogar offen in die Opposition ein. Meinungsumfragen zeichneten diese innere Spaltung klar nach. Eine deutliche Mehrheit erklärte, dass sie gegen die Einführung des Euro stimmen würde.

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato.

Diese Umstände zwangen Ministerpräsident Göran Persson zu Gegenmaßnahmen. Er forderte Loyalität von seinen Ministern ein und bat einige seiner politischen Beamten, die offiziell die „Nein“-Seite unterstützten, ihre Tätigkeit in der Kampagne aufzugeben. Der Ministerpräsident argumentierte, dass sich alle Minister und die in der Regierungsadministration politisch verantwortlichen Beamten loyal gegenüber der Parteilinie zu verhalten hätten, die vom Parteikongress abgesegnet worden war. Diese Maßnahmen fachten eine „Maulkorb-Debatte“ an, die große Aufmerksamkeit in den Medien erhielt. Den Euro-Gegner gelang es, die Maßnahmen des Ministerpräsidenten als undemokratisch zu brandmarken, da er seine Macht einsetzen würde, um die Gegner zum Schweigen zu bringen.

Befürworter wie Gegner der Euro-Einführung setzten vor allem wirtschaftliche Argumente ein, die sowohl nationale wie private Interessen betrafen. Darüber hinaus war das Argument der nationalen Souveränität von Gewicht. Als die Kampagne Mitte August auf vollen Touren lief, wurde deutlich, dass die Befürworter gegen den Strom schwimmen mussten. Die Meinungsumfragen zeigten eine stabile Führung der „Nein“-Seite an, doch zeigten sich etwa dreißig Prozent der Wähler noch unentschieden. Dies gab Spekulationen Raum, eine Kampagne in der letzten Woche könnte den Umschwung für die „Ja“-Seite herbei führen, wie das bei Referendum von 1994 der Fall war.

Es gab jedoch keine Zeit für ein „großes Finale“ der Kampagne. Außenministerin Anna Lindh wurde vier Tag vor dem Referendum ermordet. Das Land stand unter Schock und die Kampagne kam mehr oder weniger zum Stillstand. Anna Lindh war eine der prominentesten Befürworter der Euro-Einführung in Schweden. Die Frage, die sofort gestellt wurde, war die, ob der Mord etwas mit ihrer Haltung zum Euro-Thema zu tun hatte. Falls ja, spekulierten manche Kommentatoren, könnte dies bei den unentschlossenen Wählern dazu führen, in ehrendem Gedenken an sie die „Ja“-Seite zu unterstützen. Andere argumentierten, dass die Tat Anlass für die Schweden sein könnte, aus Protest sich der Stimme zu enthalten.

Fast 83 Prozent der Wähler beteiligten sich am Referendum am 14. September 2003. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Auszählung war klar, dass die Schweden die Einführung des Euro als offizielle Landeswährung abgelehnt hatten. Das Endergebnis ergab: 56 Prozent stimmte mit „Nein“, 42 Prozent mit „Ja“ und zwei Prozent der Wähler enthielten sich der Stimme. Das Resultat überraschte viele der Analysten, die ein knapperes Ergebnis vorausgesagt hatten. Ministerpräsident Persson erklärte, dass er das Ergebnis des Referendums, obgleich rechtlich nur beratend und nicht bindend, respektieren werden und dass damit Schweden nicht an der dritten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen könne.

Das Ergebnis zeigte, dass alle politischen Parteien in einem mehr oder weniger großen Ausmaß über das Euro-Thema zerstritten waren. Die engagiertesten „Nein“-Parteien – die Linkspartei, die Grüne Partei und die Zentrumsparterie – hatten es sehr erfolgreich verstanden, ihre Parteianhänger davon zu überzeugen, gemäß der Parteilinie zu votieren. In allen drei Fällen verhielten sich bei der Abstimmung 80 Prozent oder mehr der Sympathisanten gemäß der Parteilinie. Die Sozialdemokraten waren genauso wie die Christdemokraten tief gespalten. In beiden Fällen musste die Parteiführung es hinnehmen, dass eine Mehrheit der Parteisympathisanten gegen die offizielle Parteilinie opponierte. Der Liberalen Partei und der Moderaten Partei gelang es, etwa von 70 Prozent ihrer Anhänger unterstützt zu werden. Allgemein geht der Trend in Schweden dahin, dass immer weniger der Wähler in einem Referendum gemäß den offiziellen Vorgaben der Partei abstimmen, die sie traditionell in allgemeinen Wahlen unterstützen. In den fünfziger Jahren unterstützen noch 85 Prozent den Referendumsvorschlag ihrer Partei. Die Vergleichszahlen für die Volks-

abstimmungen zu den EU-Themen von 1994 und 2003 liegen bei 67 bzw. 64 Prozent. Dies zeigt, dass EU-Themen schwierig für die Parteien zu handhaben sind.

Bemerkenswert ist auch, dass diesmal die wirtschaftlichen Argumente sich nicht so positiv für die „Ja“-Seite auswirkten wie noch 1994. Stattdessen waren es die Gegner, die wirtschaftliche Argumente verwenden konnten. Ein anderes der siegreichen Argumente von 1994 – „Frieden und Stabilität in Europa“ – hatte 2003 nicht die Wirkung wie 1994. Die wirtschaftlichen Argumente gegen den Euro wurden besonders unterstützt durch die Probleme von Ländern wie Deutschland und Frankreich bei der Einhaltung des Stabilitätspakts, die sich einer breiten Berichterstattung erfreuten.

Die Ergebnisse des Referendums über den Euro von 2003 sollten aber vor dem Hintergrund der Meinungsumfragen von 2003 und 2004 gesehen werden. Sie zeigten, dass zum ersten Mal seit 1994 mehr Schweden die EU-Mitgliedschaft eher positiv werten, als dass sie sie ablehnen. Nur eine Minderheit wünscht den Austritt Schwedens aus der EU. Die Analysen zeigen aber auch, dass selbst unter den EU-Befürwortern manche gegen die Einführung des Euro gestimmt haben. Ein Trend, der auch aus Dänemark berichtet wurde.

Die Erweiterung der EU

Die Schweden stehen der Erweiterung der EU traditionell sehr positiv gegenüber. Dies ist überraschender Weise auch bei vielen der Fall, die für Schweden die EU-Mitgliedschaft ablehnen. Während der schwedischen Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2001 konzentrierte sich die Regierung auf einen schnellen Abschluss der Verhandlungsrunden mit den Beitrittskandidaten. Die schwedischen Medien intensivierten ihre Berichterstattung aus den Beitrittsländern über die Jahre und Kontakte zwischen offiziellen Institutionen, privaten Firmen, Universitäten und Organisationen wuchsen kontinuierlich.

Als die deutsche und österreichische Regierung 2001 Übergangsregelungen bei der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedsländern für die Zeit nach dem Beitritt vorschlugen, wurde dies unter anderem von Schweden abgelehnt. Später führten jedoch die meisten Länder solche Übergangsregelungen ein. Im Herbst 2003 legte die schwedische sozialdemokratische Regierung dem Parlament eine entsprechende Vorlage vor. Begründet wurde diese mit einem antizipierten höheren Missbrauchsrisiko des schwedischen Wohlfahrtsstaats. Alle anderen Parteien, einschließlich der Parteien mit denen die Regierung traditionell zusammenarbeitete – der Linkspartei und der Grünen Partei –, protestierten gegen diese Vorlage. Sowohl die Liberale Partei wie die Moderate Partei legten jedoch weniger weitgehende Vorschläge vor. Der Gesetzesentwurf der Regierung wurde am 28. April abgelehnt. Damit ist Schweden das einzige der 15 EU-Länder, das keine neuen Beschränkungen der Arbeitskräftemigration aus den neuen Mitgliedsländern eingeführt hat.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Im Jahr 1999 lag in Schweden die Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament bei 38 Prozent. Alle Parteien waren sich damals einig darüber, dass dies zerstörerisch für das demokratische System sei und das mehr für die Debatte europäischer Themen getan werden müsse. Diese Versprechen erfüllten sich nicht. Ohne große Aufmerksamkeit zu erregen, dümpelte der Wahlkampf in diesem Jahr vor sich hin.

Im Anschluss an die erfolgreiche „Nein“-Kampagne gegen den Euro gründete eine Gruppe prominenter Schweden aus dem linken wie rechten Spektrum eine neue Partei: die Juni-Liste. Sie sind im Großen und Ganzen EU-freundlich und für die schwedische

Mitgliedschaft in der EU, lehnen aber weitere Vertiefungsschritte wie auch den Transfer nationaler Souveränität ab. Ihr Ziel ist es, von allen Seiten des politischen Spektrums unterstützt zu werden. Sie berufen sich u.a. auf die seit langem existierende EU-kritische Juni-Bewegung in Dänemark, die auch im Europäischen Parlament vertreten ist. Die Prognosen für die Wahlbeteiligung deuteten keine Trendumkehr im Vergleich zu den letzten Wahlen an, da die „heißen“ Themen fehlten. Der Entwurf des Verfassungsvertrags hätte eines sein können, wenn er in den Medien aufgegriffen worden wäre und die Öffentlichkeit erreicht hätte. So wurde er aber weitgehend nur im Parlament und in akademischen Kreisen diskutiert. Die sozialdemokratische Regierung ließ verlautbaren, dass Schweden die meisten Teile des vorgelegten Vertragsentwurfs akzeptieren könne. Die Opposition im Parlament war jedoch bei mehreren Themen stark. Beispielsweise stimmte das Parlament gegen die Einrichtung einer ständigen Präsidentschaft, die die Regierung akzeptiert hatte. Die allgemeine Debatte über den vorgelegten Verfassungsvertrag zeigte ein wachsendes Interesse des Parlaments, eine aktivere Rolle bei der Gestaltung der EU-Politik einzunehmen. Strittig blieb das Vorgehen bei der Ratifizierung der Verfassung. Die Regierung und die Mehrheit der anderen Parteien äußerte sich für eine Abstimmung im Parlament ohne formale Befragung der Bevölkerung. Die EU-Gegner – die Linkspartei und die Grüne Partei – forderten vehement ein Referendum.

Die Debatte über die militärische Bündnisfreiheit

Die schwedische Politik der militärischen Bündnisfreiheit ist seit den frühen neunziger Jahren immer wieder debattiert worden. Schwedens Beteiligung in der Partnerschaft für den Frieden 1994 und die Mitgliedschaft in der EU 1995 gaben intensiven, aber kurzen Debatten Auftrieb, in denen die sozialdemokratische Regierung von denjenigen kritisiert wurde, die eine stärkere Beteiligung in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und eine Mitgliedschaft in der NATO forderten. Es gab offensichtlich weder im Parlament noch in der Öffentlichkeit irgendwelche Anzeichen für einen Wechsel der Strategie gegenüber der NATO. Es gab jedoch wachsende Unterstützung für eine Beteiligung an den Petersberger Aufgaben in Rahmen der EU. Humanitäre Hilfe, Konfliktprävention und friedenserhaltende Maßnahmen sind Aktivitäten, die sich – auch mit militärischem Einsatz – traditionell einer breiten Unterstützung in Schweden erfreuen. Selbst die schwedische Beteiligung an Kooperationen im Bereich der Rüstungsindustrie und bei der Einrichtung von „Kampfverbänden“ der EU wurde akzeptiert und nicht als gegen die Bündnisfreiheit gerichtet betrachtet. Die schwedische Regierung und eine Mehrheit der politischen Parteien hatten, trotz der Einschnitte im Verteidigungsbudget, erkennen lassen, dass sie eine aktivere Rolle Schwedens in diesen Fragen befürworteten. Dies fordert die Grundlagen des traditionellen schwedischen Denkens in der Außen- und Verteidigungspolitik heraus und könnte zum nächsten größeren kontroversen europapolitischen Thema werden.

Weiterführende Literatur

- Bieler, Andreas: Swedish trade unions and Economic and Monetary Union. The European Union membership debate revisited?, in: *Cooperation and Conflict*, 4/2003, S. 385-407.
- Johansson, Karl Magnus: Sweden: another awkward partner?, in: Wessels, Wolfgang u.a. (Hrsg.): *Fifteen into one. The European Union and its member states*, Manchester 2003, S. 369-387.